SITZUNGSPROTOKOLL

zu der am **Dienstag, dem 14. September 2004**, um 19.00 Uhr im Sitzungssaal des Amtsgebäudes stattgefundenen Sitzung des **GEMEINDERATES**.

Anwesend sind: Bgm. Rudolf Nitschmann als Vorsitzender,

Vbm. Werner Tuchschildt,

Gschf. Gemeinderäte, Klawatsch Johann, Bürger Harald, Brandlhofer Karl, Karnthaler Bernhard, Trenker Alois, DI Rasinger Alois ab TOP.2.,

Gemeinderäte Stocker Walter, Woltran Werner, Gruber Martin, Rodler Heinrich, Schwarz Hedwig, Binder Johann, Karner Josef, Lamberg Heide, Lang Gerald, Tuchschildt Günter, Karnthaler Martin, NR Preineder Martin, Ungersböck Christine, Ing. Forster Manfred, Flatischler Kurt ab MitteTop.2.

Schriftführer: OSekr. Otto Haindl

10 Zuhörer bis TOP.3, 1 Zuhörer ab TOP.4

Die Einladungskurrende ist von allen Mitgliedern des Gemeinderates gefertigt, anwesend sind 21 Gemeinderäte, bzw. 22 ab Anfang TOP.2, bzw. 23 ab Mitte TOP.2, somit ist die Sitzung beschlußfähig.

T a g e s o r d n u n g :

1. Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 24.6.2004.
2. Beratung und Beschlußfassung über Maßnahmen der Gemeinde Lanzenkirchen zur Eindämmung der Eigentumskriminalität im Gemeindegebiet.
3. Beratung und Beschlußfassung über Förderungsrichtlinien im Betriebsgebiet.
4. Beratung und Beschlußfassung über die Einrichtung einer Nachmittagsbetreuung durch das Niederösterreichische Hilfswerk.

Bgm.Nitschmann teilt mit, daß die heutige Sitzung auf Antrag der Gemeinderäte des Teams Lanzenkirchen gemäß § 45, Abs. 2, einberufen wurde und nach § 46, Abs.1 die TOP.2 bis 4 verlangt wurden.

Er bringt weiters sein Unverständnis zum Ausdruck, warum von diesem Recht Gebrauch gemacht wird, wo ohnedies diese Woche eine normale Gemeinderatssitzung stattfindet. Jedes Jahr fand zwischen 15. und 20. Sept. eine Gemeinderatssitzung statt.

E r l e d i g u n g :

Ad.1.) Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 24.6.2004.

Mit der Einladungskurrende zu dieser Sitzung ist jedem Gemeinderat ein Entwurf des Sitzungsprotokolls der Gemeinderatssitzung vom 24.6.2004 zugegangen. Es kann auf die Verlesung verzichtet werden.

Einwände gegen das Protokoll werden nicht erhoben, somit gilt der vorliegende Entwurf als genehmigt.

GGR.DI.Rasinger erscheint zur Sitzung.

Ad.2.) Beratung und Beschlußfassung über Maßnahmen der Gemeinde Lanzenkirchen zur Eindämmung der Eigentumskriminalität im Gemeindegebiet.

GGR.Karnthaler Bernhard erläutert den TOP.2 und teilt mit, dass auf Grund der zuletzt steigenden Eigentumskriminalität auch in unserer Gemeinde, folgende Maßnahmen beschlossen werden sollen.

- 1.) Alle Straßenbeleuchtungskörper in der Gemeinde zu kontrollieren und fehlende zu errichten.
- 2.) Alle Maßnahmen, die der Sicherung des privaten Eigentums dienen – Sicherheitstüren, Verriegelungen, Lichtschachtsicherungen, gesperrte Schlösser, Alarmanlagen, mit 30 % der Anschaffungskosten max. mit €300,- von Seiten der Gemeinde zu fördern.
- 3.) Die Verordnung eines Nachtfahrverbotes von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr im Betriebsgebiet in Frohsdorf, mit dem Zusatz ausgenommen Anrainer und Lieferanten.

NR.GR.Preineder gibt zu Bedenken, dass das Thema Sicherheit ein sensibles Thema ist. Er wirft der Gemeindeführung vor, vor Jahren nicht entsprechend reagiert zu haben, als die Raumnot im Gendarmerieposten in Frohsdorf bekannt wurde. Es war ein Fehler, dass damals kein neues Gendarmeriegebäude als Ersatz für den alten Posten in Frohsdorf von der Gemeinde angeboten wurde. Er habe damals in der GR.-Sitzung am 20.9.2000 darauf hingewiesen.

Sicherheit kostet etwas und ist es die Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden, etwas dafür zu tun. Vorstehender Vorschlag einer Förderung durch die Gemeinde würde seiner Schätzung nach das Budget mit ca. €10.000,- belasten.

Bgm.Nitschmann weist den Vorwurf, dass die Gemeinde im Jahre 2000 nichts oder das falsche unternommen hätte, um den Gendarmerieposten in Frohsdorf zu erhalten, entschieden zurück. Er erinnert daran, dass damals seitens der Gemeinde 3 Ersatzlokalitäten angeboten wurden (1. Ein Neubau neben dem Wählamt in der Lange Gasse, 2. ein Neubau auf dem Areal Schatzer in der Schulgasse, 3. ein Umbau im Erdgeschoß des Gemeindeamtes).

Es war der gleiche Planer beauftragt wie in Erlach, 1 Plan war genau ident mit dem in Erlach, der Mietpreis war geringer wie in Erlach, und trotzdem erhielt Erlach den Zuschlag.
Es möge sich nun jedermann seinen „eigenen Reim darauf machen“ warum diese Entscheidung so ausfiel.

GGR.Brandlhofer erklärt, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen grundsätzlich diskussionswürdig sind, es Seitens der SPÖ-Fraktion jedoch schwierig ist, dazu näher Stellung zu nehmen, er verweist auf die fehlende Akteneinsicht, die jedem Gemeinderat vor einer GR.Sitzung zusteht.

GGR.DI.Rasinger erklärt ebenfalls, dass Sicherheit einem etwas Wert sein muß, das Gemeindebudget würde durch das Fördermodell mit lediglich 0,3 % belastet werden. Weiters zeigt er sich verwundert, warum bei der, vorige Woche stattgefundenen Vorstandssitzung, keine Frage seitens der SPÖ betreffend der verlangten Tagesordnungspunkte gestellt wurde.

GGR.Brandlhofer erklärt, dass diese Tagesordnungspunkte nicht Gegenstand der Vorstandssitzung waren. Desweiteren ist er der Meinung, dass durch Zahlungen aus dem Gemeindebudgets der Steuerzahler indirekt zwei mal belastet wird. Sollten Förderungen ausgeschüttet werden, so sollten diese gehaltsgebunden sozial gerecht gewährt werden.

GR.Flatschler erscheint zur Sitzung.

GR.NR.Preineder erklärt weiters, dass er sich die Dienstpostenbesetzung im Bezirk Wr.Neustadt angeschaut habe und es hier zu keiner einzigen Dienstposteneinsparung gekommen ist. Das Fördermodell wäre ein Signal in Richtung Sicherheitsbewußtsein und wäre ein rasches Handeln gefordert.

Bgm.Nitschmann kann dem nichts abgewinnen und erklärt, dass seitens des Innenministeriums 2000 Planstellen eingespart wurden, Überstunden gestrichen wurden, dass jetzt zwar 400 neue Planstellen geschaffen werden sollen, jedoch das Rechenbeispiel nicht aufgeht. Ausserdem sieht er nicht ein, dass immer mehr Staatsaufgaben auf die Gemeinden abgewälzt werden.

GR.Ing.Forster sieht das Problem darin, dass der Posten in Erlach nicht dauernd besetzt ist. Die Beamten befinden sich nicht einmal in der engeren Region (Erlach, Lanzenkirchen, Walpersbach, Katzelsdorf) sondern haben ein Gebiet bis in die Bucklige Welt hinein zu betreuen. Er fordert, dass 1.) Der Gemeinderat möge die Auskunft einholen, wie die Planstellen jetzt und vor 5 Jahren besetzt sind bzw. waren. 2.) Der Gemeinderat möge fordern, dass in der engeren Region rund um die Uhr mind. 1 Beamter Dienst versieht und dass ein Einsatz vor Ort in mind. 10-15 Minuten möglich sein muß.

Dem Fördermodell steht er vorsichtig positiv gegenüber, es sollte jedoch noch diskutiert und genau überlegt werden und nicht heute beschlossen werden.

GGR.Brandlhofer erklärt nochmals, dass auf Grund der fehlenden Unterlagen und Fakten ein heutiger Beschluß nicht möglich ist, da solche Angelegenheiten eingehend beraten werden müssen.

GGR.Karntaler stellt den

- Antrag:**
- Der Gemeinderat möge beschließen,**
 - 1. Die öffentliche Straßenbeleuchtung zu kontrollieren und fehlende Lichtpunkte nachzurüsten.**
 - 2. Investitionen in Sicherheitsmaßnahmen, wie Ankauf von Sicherheitstüren, Verriegelungen, Lichtschachtsicherungen, gesperrte Schlösser, Alarmanlagen, mit 30 % max. €300,-- zu fördern.**
 - 3. Ein Nachtfahrverbot im Betriebsgebiet in Frohsdorf zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr, ausgen. Anrainer u. Lieferanten zu erlassen.**

Beschluß: Der Antrag gilt als abgelehnt.

Abstimmung: 11 Ja, 12 Stimmenthaltungen (SPÖ-Fraktion)

Ad.3.) Beratung und Beschlußfassung über Förderungsrichtlinien im Betriebsgebiet.

GGR.Karnthaler erläutert die Situation im Betriebsgebiet in Frohsdorf.

Damals haben manche Betriebe freiwillig, vorzeitig die Aufschließungsabgaben mit der Berechnung eines Bauklassenkoeffizienten von 1 bezahlt.

Im Jahre 1998 wurde ein Bebauungsplan beschlossen, der nunmehr eine Vorschreibung von Ergänzungsabgaben nach sich zieht.

Er spricht sich dafür aus, dass nur der Faktor 1 zur Berechnung der Aufschließungsabgabe herangezogen werden soll, jeder Faktor der höher ist, soll in Form einer Wirtschaftsförderung an die Betriebe zurückgezahlt werden, auch an jene die bereits die erhöhte Abgabe bezahlt haben.

Bgm.Nitschmann erklärt, dass die Erlassung des Bebauungsplanes im Zuge einer Flächenwidmungsplanänderung vom Land gefordert wurde, dass seinerzeit die involvierten Gemeinderäte Ing.Lamberg Rudolf und Ecker Franz eine Bebauungshöhe im höchstmöglichen Ausmaß gefordert haben.

GGR.Brandlhofer erklärt, dass in der letzten GR.Sitzung am 24.6.2004 darüber beraten wurden und die Angelegenheit dem Finanzausschuß zugewiesen wurde. Über die Sommermonate Juli u. August haben keine Sitzungen stattgefunden und wird demnächst eine solche Sitzung stattfinden.

GGR.DI. Rasinger erklärt, dass der Ausschuß seit über 1 Jahr nicht getagt hat.

Er erklärt weiters, dass das entstandene Betriebsgebiet nunmehr schon 11 Jahre alt ist und keine atemberaubende Entwicklung genommen hat. Es sollten daher Maßnahmen gesetzt werden.

Er spricht sich für eine Überarbeitung des bestehenden Fördermodells Kommunalabgabe aus, z.B., wonach bereits bei 60 Beschäftigten der Höchstsatz von 60 % Förderung erreicht wird. Die Vorschreibung der Aufschließungsabgabe mit dem Faktor 1, bzw. der Refundierung des darüberhinausgehenden Betrages als Wirtschaftsförderung, sowie die Darstellung der möglichen Förderungen in einem Förderungskatalog, damit jedermann darüber klar und deutlich informiert werden kann, da dies derzeit am Gemeindeamt nicht effizient erfolgt.

GGR.Brandlhofer spricht die Ungleichbehandlung zwischen Betrieben und Privaten an, zumal der Einfamilienhausbesitzer ebenfalls bei gleichen Voraussetzungen einen höheren Faktor, z.B. 1,5, bezahlen muß.

GR.NR. Preineder wendet ein, dass seinerzeit bei der Beschlussfassung des Bebauungsplanes der Gemeinderat samt der Gemeindeverwaltung nicht gewusst haben, welche Auswirkungen diese Beschlussfassung nach sich zieht.

Private und Firmen zu vergleichen ist nicht ganz richtig, Firmen schaffen Beschäftigung und leisten Steuerabgaben, die wieder der Gemeinde zugutekommen.

GR.Ing.Forster bemängelt die Vorlage von konkreten Zahlen, findet eine rückwirkende Refundierung bedenklich und verweist darauf, dass eine heutige Beschlussfassung gegen die Gemeindeordnung verstößt, da keine Angaben zur Bedeckung aus dem Budget gemacht werden.

Bgm.Nitschmann erklärt, da grundsätzlich keine weiteren zur Sache dienlichen Diskussionsbeiträge geleistet werden, dass die Angelegenheit bereits an den Finanzausschuß verwiesen wurde und schlägt eine Abstimmung über den heutigen TOP vor.

OSekr.Haindl weist die Darstellung einer mangelnden Effizienz in der Gemeindeverwaltung (durch Bedienstete) entschieden zurück und erklärt, dass bezüglich bestehender Förderungen im nötigen Umfang informiert wird und die Beschlüsse des Gemeinderates entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen vollzogen werden.

GGR.Karnthaler stellt den

Antrag: **Der Gemeinderat möge beschließen, dass Aufschließungs-Ergänzungsabgaben im Betriebsgebiet in Frohsdorf nicht verrechnet werden, bzw. bei der Berechnung nur der Bauklassenkoeffizient 1 zur Anwendung gelangt, bzw. die darüber hinausgehende Aufschließungsabgabe zukünftig und für alle bereits entrichteten Aufschließungsabgaben als Wirtschaftsförderung zurückbezahlt wird, wenn es das heurige Budget erlaubt, ansonsten im Budget 2005 zu veranschlagen.**

Beschluß: **Der Antrag wird abgelehnt.**

Abstimmung: **10 JA, 11 NEIN (SPÖ-Fraktion mit Ausnahme von Bgm. Nitschmann u. Vbm. Tuschmidt und FPÖ), 2 Stimmenthaltungen (Bgm. Nitschmann u. Vbm. Tuschmidt).**

Ad.4.) **Beratung und Beschlußfassung über die Einrichtung einer Nachmittagsbetreuung durch das Niederösterreichische Hilfswerk.**

GGR.Karnthaler erläutert den Antrag und erklärt, dass die Nachmittagsbetreuung in den letzten Jahren nicht so gut funktioniert hat, im Vorjahr im Kindergarten nicht attraktiv war und dadurch sehr wenig in Anspruch genommen wurde.

Es fanden einige Gespräche statt und soll die Nachmittagsbetreuung nunmehr durch geschultes Personal eigenständig für Schulkinder durchgeführt werden.

GGR.Brandlhofer bestätigt die stattgefundenen Gespräche und erklärt, dass grundsätzlich Übereinstimmung besteht. Er erklärt, dass vereinbart wurde, dieses Thema nicht parteipolitisch zu nutzen und ist über die Vorgangsweise der ÖVP enttäuscht.

GR.Lamberg erklärt, dass sie sehr viel Zeit in dieses Thema investiert hat, und wäre sehr enttäuscht sollte keine Beschlussfassung möglich sein. Sie habe auch nicht gewusst, dass in 3 Tagen eine weitere GR.Sitzung stattfindet.

Bgm.Nitschmann und GR.Gruber erläutern die jährliche Sitzungsabfolge.

GR.Ing.Forster begrüßt die Aktivität die bereits durch die Gemeinde erfolgt ist, weiß jedoch am heutigen Tage weder wie viele Kinder angemeldet sind und welche Kosten durch die Gemeinde zu leisten sind. Daher kann er heute keinen Beschluß fassen.

GR.Lamberg erklärt, dass seitens des Hilfswerkes eine Kostenberechnung vorliegt, die von 13 Kindern ausgeht und für die Gemeinde eine zusätzliche Kostenübernahme von €7.357,-- vorsieht. Es sollten die Kosten vorerst für 1 Jahr übernommen werden, GR.Lamberg ist überzeugt, dass sich das Interesse weiter ausweiten wird.

GR.Brandlhofer erklärt nochmals, dass grundsätzlich Zustimmung zu diesem Thema besteht, er auf Grund des Wortbruches durch die ÖVP, nicht bereit ist in einer parteipolitisch motivierten,

außerordentlich beantragten Gemeinderatssitzung einen solchen Beschluß zu fassen. Seitens der SPÖ wird es am Freitag eine zustimmende Beschlussfassung geben.
GGR.Karntaler stellt den

Antrag: **Der Gemeinderat möge beschließen, die Nachmittagsbetreuung für die Schulkinder vom NÖ. Hilfswerk durchführen zu lassen und die zusätzlichen Kosten von €7.357,- zu übernehmen.**

Beschluß: **Der Antrag gilt als abgelehnt.**

Abstimmung: 10 Ja, 13 Stimmenthaltungen (SPÖ-Fraktion, FPÖ)

Schluß der Sitzung: 20.15 Uhr

Bürgermeister:

Gschf. Gemeinderäte:

Gemeinderäte:

Schriftführer: